

## Ahmadinejad und der Führer

Der Rücktritt Ali Larijanis im inneriranischen Kräftespiel vor den Parlamentswahlen

Johannes Reissner

Am 20. Oktober 2007 trat der iranische Atomunterhändler und Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats, Ali Larijani, zurück. Für ihn setzte Präsident Ahmadinejad mit Saïd Jalili einen seiner Gefolgsleute ein. Damit schien Ahmadinejads Einfluss in dem für politische Richtungsentscheidungen wichtigen Sicherheitsrat gestärkt zu sein, was eine weitere Verhärtung der iranischen Atompolitik befürchten ließ. Doch die Umbesetzung könnte auch als Schachzug des Revolutionsführers Khamenei, in Iran oft einfach »Führer« (*rahbar*) genannt, verstanden werden, um für den Fall eines Fehlschlags der Atompolitik einen Sündenbock zu haben. Die Frage, wie weit der Führer den Präsidenten unterstützt, ist weniger für Irans Atompolitik als für die Parlamentswahlen im März 2008 von Bedeutung. Bemerkenswerterweise nahmen Ahmadinejads Gegner den Austausch der Unterhändler zum Anlass, erstmals öffentlich deutliche Kritik an seiner Atompolitik und Leugnung des Holocausts zu äußern.

Dass es zwischen Ahmadinejad und dem Atomunterhändler Ali Larijani Differenzen gab, war seit längerem bekannt. Den Eklat löste die Bemerkung von Revolutionsführer Khamenei zum Abschluss des Besuchs des russischen Präsidenten Putin in Teheran am 16. Oktober 2008 aus, dass man dessen (bis heute unbekanntes) Vorschlag prüfen werde. Larijani bestätigte tags darauf vor Journalisten, dass Putin im Zusammenhang mit Irans Atomprogramm einen Vorschlag gemacht habe, doch dem widersprach Ahmadinejad. Daraufhin reichte Larijani am 20. Oktober seinen Rücktritt ein.

Mit der Einsetzung Saïd Jalilis auf Larijanis Posten im Sicherheitsrat schien Ahmadinejad seinen Einfluss an einer für

politische Richtungsentscheidungen zentralen Stelle im politischen System vergrößert zu haben. Dies warf die Frage auf, ob der Revolutionsführer noch die Balance zwischen den widerstreitenden politischen Kräften hält.

### Der Nationale Sicherheitsrat

Der Oberste Nationale Sicherheitsrat entwickelte sich während des Irakisch-Iranischen Kriegs (1980–1988) und wurde 1989 zu einem Verfassungsorgan. Er hat vor allem in sicherheits- und außenpolitischen Fragen richtungsweisende Kompetenz, während die Regierung gemäß der Verfassung nur exekutive Funktionen hat. Seit

2003 ist der Sekretär des Sicherheitsrats und Repräsentant des Revolutionsführers im Rat mit der Verhandlungsführung im Atomstreit beauftragt. Zunächst war dies Hassan Rohani und dann, nach Ahmadinejads Wahl zum Staatspräsidenten im Sommer 2005, Ali Larijani. Dass dieser sein Rücktrittsgesuch bei Ahmadinejad einreichte, war formal noch korrekt. Doch mit der Ernennung Said Jalili zu Larijanis Nachfolger überschritt der Regierungschef seine Kompetenzen. Zwar hat Ahmadinejad als Staatspräsident den Vorsitz im Sicherheitsrat, doch wer zu diesem Rat gehört, regelt die Verfassung, und einen Außenstehenden zum Sekretär des Rats und Atomunterhändler zu ernennen, steht ihm nicht zu.

Da Larijani vor seiner Abdankung zwei Stunden mit dem Revolutionsführer gesprochen haben soll, darf man davon ausgehen, dass die ganze Angelegenheit mit Khamenei abgemacht war. Für Irritationen sorgte indes, dass Ahmadinejad beim Führer einen seiner Leute für ein so wichtiges Amt durchsetzen konnte.

### **Ein Strategie offensiver Außenpolitik**

Said Jalili, geboren 1964, ist wie Ahmadinejad Veteran des Irakkriegs. Nach dem Krieg promovierte er über »das politische Denken im Koran«. Während der Präsidentschaft Rafsanjanis (1989–1997) war er Vizeleiter des Amerikareferats im Außenministerium und Leiter der Inspektionsabteilung. Unter Khatami (1997–2005) wechselte er 2001 ins Büro des Revolutionsführers. Nach Ahmadinejads Wahl 2005 wurde er Vizeaußenminister für Amerika und Europa.

Jalili hat selbst von sich gesagt, dass er Ahmadinejads Visionen teile. Der im Exil erscheinenden Zeitung *Rooz* zufolge ist er sogar einer der Ideengeber für die Grundpositionen der Außenpolitik Ahmadinejads. Dazu gehören eine »offensive« (*tahâjomi*) Strategie in der Nuklearfrage und eine Politik gegenüber den Europäern, die auf Forderungen setzt, statt ihnen Rede und Antwort zu stehen. Bei den Themen Menschenrechte und Massenvernichtungs-

waffen soll Iran als Ankläger auftreten. Die Zusammenarbeit mit südeuropäischen Ländern wie Spanien, Italien und mit der Schweiz ist der mit den zentraleuropäischen wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien vorzuziehen. Ahmadinejads Briefe an Bush, Merkel und den Papst sind Teil dieser offensiven Außenpolitik. Said Jalili wird auch als Miturheber der Strategie genannt, die islamische Welt durch das provokative Anzweifeln des Holocaust hinter Teheran zu sammeln. Durch eine intensive Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Staaten wie Venezuela, Nicaragua und Kuba soll ein »Hof der Einsamkeit« um die USA geschaffen werden. In der Region soll Iran seine »soft power« nutzen, um seinen Einfluss zu stärken.

Khameneis Unterstützung für Ahmadinejads offensive Außenpolitik belegt seine Äußerung vom 30. Juni 2007: »Die Haltung der Islamischen Republik in der Außenpolitik war, wie der Präsident der Republik dargelegt hat, von Anfang an eine offensive (pers. *tahâjomi*, auch: aggressive), und der Wechsel zu einer defensiven Außenpolitik war ein Fehler.« Dies war ein deutlicher Hieb gegen Khatamis Politik der Entspannung und des Dialogs. »Offensive Außenpolitik«, so fügte Khamenei beschwichtigend hinzu, bedeute nicht, dass man mit der Welt Krieg führe, sondern dass man Forderungen an die Welt habe. Khamenei nannte dabei eine Reihe von Forderungen, die sich unter Ahmadinejads Schlagwort »Gerechtigkeit zwischen den Nationen« subsumieren lassen. In seinen Reden betont der Revolutionsführer, dass Iran Standhaftigkeit in Bezug auf die eigenen Prinzipien beweisen bzw. seinen Feinden gegenüber Widerstand leisten müsse (das persische Wort *istâdegi* bedeutet beides). Entspannung und Dialog, so seine iranischen Kommentatoren, sollen nur aus einer Position der Stärke heraus betrieben werden.

Angesichts der politischen Nähe zwischen Khamenei, Ahmadinejad und Said Jalili lässt die Einsetzung des letzteren zum Atomunterhändler keinen Wandel in Irans Atompolitik erwarten. Nichtsdestoweniger wirft

der Wechsel in diesem Amt ein Schlaglicht auf das Verhältnis zwischen Ahmadinejad und Khamenei.

### **Der Führer und sein Präsident**

Gemäß der iranischen Verfassung bestimmt der Revolutionsführer in Beratung mit dem Nationalen Sicherheitsrat die Richtlinien der Politik und hat die letzte Entscheidungsgewalt. Seine Machtposition aber kann er nur durch Balance zwischen den politischen Fraktionen sichern.

Das Verhältnis zwischen Ahmadinejad und dem Führer beruht ungeachtet ihrer ideologischen Nähe auf Opportunität. Es erinnert an die seit alters her in Iran geübte Herrschaftspraxis, dass sich der Herrscher mit ihm ergebenden Gefolgsleuten umgibt, die ihn einerseits vor Rivalen zu schützen haben und andererseits den Kopf hinhalten müssen, wenn seine Politik fehlschlägt. Der Herrscher muss im Interesse der Systemerhaltung unantastbar bleiben. So gesehen lässt sich die Einsetzung Said Jalilis dahingehend verstehen, dass sich der Führer des Ernstes der außenpolitischen Lage bewusst ist und aus den Reihen der Anhänger Ahmadinejads, des Motors der »offensiven Außenpolitik«, vorsorglich einen Sündenbock aufbaut.

Bislang waren die Bemühungen Ahmadinejads, Khamenei den Rücken frei zu halten, recht erfolgreich. Er und seine Gefolgsleute stilisieren sich als einzig verlässliche Getreue des Führers und des Prinzips der »Herrschaft des Rechtsgelehrten« (*velâyat-e faqih*), das seit der Verfassungsänderung von 1989 als »absolut« gilt. Umgekehrt diskreditieren sie die Loyalität all derer, die nicht hundertprozentig der Linie Ahmadinejads folgen. Damit sind keineswegs nur Reformkräfte gemeint, sondern gerade im Hinblick auf die Parlamentswahlen im März 2008 auch die zunehmende Zahl derjenigen Konservativen und Neokonservativen, die seine Politik nicht völlig teilen.

Der Führer und Ahmadinejad wollen im Interesse der System- und Machterhaltung das Ideal der revolutionären Gesellschaft

aufrechterhalten, obwohl sich diese allen Repressionen zum Trotz modernisiert. Modernisierung und Fortschritt werden aber nur in ihren technologischen Manifestationen akzeptiert. Dafür steht die propagandistische Verherrlichung des Atomprogramms. Schon 1992 hatte Khamenei den »Kampf gegen die westliche Kulturaggression« gepredigt, wohl wissend, dass kulturelle Öffnung seine Position unterminieren kann. Das seit dem Frühjahr 2007 gebrauchte Schlagwort der »moralischen und sozialen Sicherheit« impliziert nicht nur den verschärften Zwang zur Einhaltung der Bekleidungsvorschriften, sondern alles, was der Regimesicherung nutzt. Der Druck auf die Studentenschaft und die Versuche, Intellektuelle vom Westen abzuschotten, nehmen stetig zu. Einige Iraner befürchten gar nordkoreanische Verhältnisse.

Ahadinejad und seine Anhänger können durchaus noch viele Menschen mobilisieren und langfristig sind sie dem Führer gegenüber schon aus Altersgründen im Vorteil. Doch noch ist der Präsident auf den Führer angewiesen, der bei aller Unterstützung Ahmadinejads zugleich auch eine gewisse Distanz zu wahren versucht. Kritik an der Regierung, so sagte er vor Studenten, bedeute nicht notwendig Zweifel am System.

### **Wahlkampf und Opposition**

In Iran wird das Abschneiden der Ahmadinejad-Fraktion bei den Parlamentswahlen im März als Weichenstellung für die Chancen des Regierungschefs bei den Präsidentschaftswahlen 2009 angesehen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Anzeichen einer gewissen nachträglichen Distanzierung Khameneis von der Einsetzung des neuen Atomunterhändlers von Bedeutung. So kritisierte der frühere Außenminister und enge Berater des Führers, Velayati, die Ablösung Larijanis mit den Worten »das wäre besser nicht passiert«. Als indirekte Missbilligung der Vorgänge ist auch der offene Brief von 183 Abgeordneten, einer Mehrheit der insgesamt 290 Parlamentarier, zu werten, die Larijanis erfolgreiche

Arbeit als Atomunterhändler lobten. Dass dieser eine Woche später mit seinem Nachfolger Jalili nach Rom zu den Nukleargesprächen mit Solana reiste, vermittelte den Eindruck, man wolle etwas reparieren und Kontinuität demonstrieren.

Irans Reformler fühlten sich durch die Personalentscheidung zu grundlegender Kritik an der Regierung herausgefordert. Mohsen Mirdamadi, der Vorsitzende der Partizipationspartei, der größten oppositionellen Kraft im Parlament, griff bei der Eröffnung des Parteikongresses am 26. Oktober Ahmadinejads Atompolitik und Holocaustleugnung mit bis dahin ungekannter Schärfe an. Ein Artikel der reformfreundlichen Zeitung *Etemaad* hob in einem Vergleich der Außenpolitiken Khatamis und Ahmadinejads hervor, dass die Strategie, mit Hilfe des Holocaustdiskurses die Muslime auf die Seite Teherans zu ziehen, für Irans Atomprogramm verheerend gewesen sei, da sie den Westen vollends gegen Iran aufgebracht habe. Ali Abtahi, ein früherer Vizepräsident Khatamis, formulierte in seinem viel gelesenen Web-Blog kurz und bündig, dass Ahmadinejad mit seinem Gerede, die Sanktionen seien nur ein Stück Papier, Iran und dem iranischen Volk schade, was schon fast wie die Formulierung eines Misstrauensantrags klingt.

Der frühere Staatspräsident Rafsanjani schließlich forderte vor einer Versammlung der Streitkräfte anlässlich des Gedenkens an die Märtyrer des Irakkriegs am 31. Oktober 2007 mit deutlichen Worten, die »besondere« außen- und wirtschaftspolitische Lage Irans ernst zu nehmen. Seine Stimme hat Gewicht, da er nicht nur Vorsitzender des einflussreichen Schlichtungsrats ist, der bei Streitfällen zwischen Parlament und Wächterrat zu vermitteln hat, sondern im Sommer 2007 auch zum Vorsitzenden des Expertenrats gewählt wurde, dessen Aufgabe die Wahl des Revolutionsführers und die Supervision seiner Amtsführung ist. Rafsanjani prangerte – auf Ahmadinejad gemünzt – die Politik der »unbedachten« Reden und das ständige Beschönigen der Situation an und fügte etwas kryptisch hin-

zu, dass der Führer sehr wohl wisse, was im Lande vor sich geht. Möglicherweise war dies auch als ein Wink für Khamenei gemeint, den Ernst der Lage anzuerkennen. Dass es in Iran vorangeht, wie es die Regierung permanent behauptet, glauben immer weniger Menschen. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse haben sich verschlechtert. Zwar vermag Ahmadinejad noch Massen zu mobilisieren, doch sein Rückhalt in der Bevölkerung schwindet, und die häufigen Wechsel von Ministern und Regierungsbeamten zugunsten seiner Anhänger lassen die Staatsangestellten um ihre Posten bangen.

Seit der Rede Rafsanjanis vor den Streitkräften ist die Auseinandersetzung zwischen ihm und Ahmadinejad offen eskaliert. Der Staatschef hat die Kritiker seiner Atompolitik als »Verräter« bezeichnet und damit eingestanden, dass sie auch im Lande umstritten ist. Dort wächst der Druck auf Khamenei, Stellung zu nehmen.

Aus dem innenpolitischen Beben, das der Wechsel des Atomunterhändlers bewirkt hat, lassen sich keine Rückschlüsse auf die zukünftige Politik Irans ziehen. Ahmadinejad behauptet weiterhin, dass der Nuklearstreit eigentlich erledigt sei, und dürfte seinen Kurs nicht ändern. Doch möglicherweise richtet sich die iranische Führung quasi personalpolitisch darauf ein, dass entgegen der Behauptung Ahmadinejads das Abkommen mit der IAEA vom Juli 2007 zur Klärung der ausstehenden Fragen nicht den gewünschten Erfolg zeigt und der Sicherheitsrat weitere Sanktionen beschließt.

Das politische System Irans und seine Entscheidungsträger scheinen sich einmal mehr gewissermaßen neu zu sortieren. Angesichts der außenpolitisch schwierigen Lage sucht man innen- und personalpolitisch nach neuen Optionen. Im Interesse, eine diplomatische Lösung des Atomstreits zu erreichen und neue Zugänge zu Iran zu finden, sollte die westliche Politik diese Entwicklungen sorgfältig beobachten. Kriegsrhetorik nutzt nur Ahmadinejad.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364